

Henning: Ergebnis des BSW und allgemeine Wahleinschätzung

6,2 % aus dem Stand. Das ist ein tolles Ergebnis für das BSW.

Auch das Oldenburger Ergebnis mit 4,7 % ist nicht schlecht, wenn man bedenkt, dass wir hier - wie in allen Universitätsstädten - noch eine Konkurrenzsituation mit den Linken haben, die wir in Oldenburg immerhin um 0,7 Prozent übertreffen konnten (zum Vergleich Göttingen BSW 4 %, Linke 6%). Das BSW hat Wählerschichten erreichen können, an die die Linke schon seit Jahren nicht mehr rangekommen ist, z. B. in sozialen Brennpunkten wie An den Vossbergen 10 %. Das spiegelt sich auch in den Ergebnissen mittelgroßer Städte mit industriellen Schwerpunkten wider (Emden 7% oder Delmenhorst 6 %). Immerhin: BSW und Linke haben zusammengerechnet in Oldenburg wie bundesweit deutlich mehr Stimmen bekommen als die Linke bei der letzten Europawahl (in Oldenburg 8,8 % gegenüber 6,4 % und bundesweit 8,9 % gegenüber 5,5 %).

Der Aufstieg der AFD konnte gebremst werden. Das starke Abschneiden der CDU/CSU mit ihrer Kriegerhetorik zeigt, dass noch Einiges bis zur Bundestagswahl zu tun ist.

Horst: Ein paar Gedanken als Ergänzung zu Helmut's Wahlanalyse

1. Soweit ich sehe, haben sich bis auf »Volt« und ansatzweise die Grünen, in Deutschland alle Parteien geweigert, einen europäischen Wahlkampf um europäische Themen zu führen. Im Mittelpunkt standen nationalstaatliche Themen und der Versuch, aus dem verbreiteten Missmut über die Bundesregierung Stimmen zu schlagen. Europäische Wahlen bewusst als Abrechnung mit der nationalen Regierung zu nutzen, das erscheint mir der gefährlichere Nationalisierungs-Ruck, der vom Wahlergebnis ausgeht als die insgesamt eher geringen Stimmengewinne der offenen Rechtsradikalen Parteien. Es zeigt, dass auch vermeintlich »europäisch« gesinnte Parteien nicht länger bereit, auf europäische Kooperation bei der Bearbeitung gemeinsamer bzw. globaler »Probleme« (Klima, Migration, Gewaltverzicht, Verlässlichkeit) zu setzen. Die Existenz der EU, wie wir sie die letzten 40 Jahre erlebt haben, wird zunehmend prekär, weil das »Wir zuerst« die demokratischen Parteien infiziert hat. Der zentrale Punkt des Wahlausgangs scheint mir ein weiterer Schub der Nationalisierung zu sein, der eine angemessene Kooperation auf europäischer Ebene etwa in Sachen Klimapolitik weiter erschweren wird. Und nach den Frankreich-Wahlen droht womöglich ein Kipppunkt überschritten zu werden.

2. Der russische Überfall auf die Ukraine hat zweifellos Auswirkungen auf die Klimapolitik. Mir ist im Zusammenhang mit dem vorherigen Punkt ein anderer Aspekt wichtiger: Der russische Überfall dementiert doppelt jede Hoffnung auf die notwendige internationale Kooperation in der Klimapolitik: Weil er erstens selbst durch Grenzverschiebung, Waffenproduktion, Zerstörung und anschließenden Wiederaufbau unnötig zur weiteren Erderwärmung beiträgt. Putin, dem russischen Regime ist die Klima-Frage nicht so wichtig hält, ökonomisch geht es um sein fossiles Wirtschaftsmodell; und zweitens die Anwendung militärischer Gewalt das Gegenteil von kooperativem Verhalten ist. Ich stelle mal die Hypothese auf, dass diese moralisch-sozialpsychologische Seite, der schwindende Glaube an die Fähigkeit zur internationalen Kooperation angesichts eines »Menschheitsproblems« für die Klima-/Transformationsbewegung bedeutsamer ist als der »Staatsstreich« der Grünen, zumal im Zusammenspiel mit dem ersten Punkt.

3. Über das Verhältnis von BSW und AfD lässt sich trefflich streiten. Es gibt auch eine andere Interpretation: Die AfD stand in den Stimmungslagen- und Sonntagsfragen mal bei 22% - und die Differenz zum tatsächlichen Wahlergebnis landete überwiegend beim BSW (so könnte sich im Grunde auch die Korrelation erklären, oder?). Es führt also in die Irre, so das Argument, mit dem Wahlergebnis von 2019 zu vergleichen, weil dadurch die zwischenzeitlichen Bewegungen in der

Parteipräferenz ausgeblendet werden. Das Argument hat auch was, wie triftig es ist, vermag ich allerdings nicht recht zu beurteilen. Es gilt ja auch, dass BSW und AfD zusammen etwa die 22% ausschöpfen, die vormalig prognostiziert wurden. Und da gibt es ja auch eine entscheidende Gemeinsamkeit: die Verteidigung des bestehenden deutschen Wirtschafts- und Wohlstandsmodell mit billiger Energie aus Russland, gegen Migration und andere globale Einflüsse.

Für den östlichen Teil der Republik lässt sich auf jeden Fall festhalten, dass das BSW den sozialkonservativen, DDR-affinen Teil (vormalige »Dienstklasse«) von der PDS an sich gezogen hat - ein Teil dieser Milieus hatte bereits seit einem Jahrzehnt mit der Linkspartei gefremdet, war zuvor bereits in Teilen zur AfD abgewandert.

Michael: Die Verluste der Grünen sind Folge einer allgemeinen Rechtsverschiebung, nicht ihrer Ukraine Politik

Schaut man sich die Wählerwanderungen an (z.B. <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/europawahl-2024-waehlerwanderung-woher-afd-und-bsw-ihre-stimme-haben/>), dann wandern vor allem von Union (570 T), SPD (570 T), FDP (430 T), Nichtwählern (380 T) u Linke (150 T) WählerInnen an die AfD. Nur das BSW gewinnt 160 T von der AfD. Das Unions-Mantra, sie würde die AfD WählerInnen deutlich zurückholen, ging also gar nicht auf.

Die Grünen sind vor allem zu Union (560 T), zu den NichtwählerInnen (540 T) u zum BSW (150 T) gewandert, die SPDler vor allem zu NichtwählerInnen (2490 T), Union (1450 T), BSW (580 T) u AfD (570 T).

Daraus, wie du (Helmuth) es machst, den Schluss zu ziehen, die Ukraine Politik wäre für die Grünen Abwanderung entscheidend, kann ich nicht teilen.

Stattdessen vermute ich, dass (weitgehend alle Wanderungen vor allem zu tun haben mit einer signifikanten Rechtsverschiebung des (wenn man so will) hegemonialen Diskurses im Kulturell-identitären. Daher die Zuwächse von BSW u AfD.

Deine Fotointerpretation teile ich nicht, halte ich aber auch nicht - sorry - für sehr relevant.

Ulrich: Was bedeutet die EU-Wahl für die Linke?

Insgesamt war es eine Wahl gegen das gemäßigt progressive Lager (vor allem gegen SPD, Grüne). Ein relevanter Teil der Bevölkerung will keine oder zumindest weniger deutliche sozial-ökologische Transformation. Dieser Teil wanderte zu AfD, BSW und CDU. Die Korrelation zwischen AfD- und BSW-Zuwächsen zeigt einerseits, dass – wie befürchtet - das BSW im en Wähler von linken Parteien (SPD/Linke) entfernte. Abgefragt wurden andererseits aber lediglich Wählerwanderungen im Verhältnis zur letzten Europa- oder Bundestagswahl (11%). Bei Bezug auf die seitdem neu hinzugekommenen Bereitschaften, AfD zu wählen (23% im letzten Jahr) sieht die Bilanz wahrscheinlich anders aus. Hier hat das BSW möglicherweise einen relevanten Teil potenzieller neuer AfD-Wähler zu sich ziehen können und ihren Aufstieg damit signifikant gebremst.

Die Wahlplakate des BSW zielten in der Mehrheit in der Tat auf rechtspopulistische Stimmungen wie sie originär die AfD anspricht (Ausnahme: nichts Explizites gegen Geflüchtete). Der linke Teil des BSW

wurde eher versteckt (gab es ein Plakat z.B. für Umverteilung?). Ob dies die örtliche Gleichzeitigkeit von AFD- und BSW-Zuwachs aber erklären kann, ist damit nicht gesagt. Wahlentscheidungen sind von emotional fundierten Stimmungen und Grundhaltungen motiviert, die an Milieu- und Schichtmentalitäten geknüpft sind (vgl. die Forschungen von Eversberg, Mau et al. etc).

Der gegenüber der Bundestagswahl (nicht gegenüber der letzten Europawahl) im Verhältnis zur SPD eher moderate Rückgang der Grünen (-2%) liegt m.E. eher an der EU-Wahl-Spezifika (keine 5% Hürde). Kleinparteien mit (weitgehend) progressiven Inhalten, die aber als Nicht-Regierungsparteien nicht in Kompromissnöten stehen (Volt, Tierschutz, Piraten, Klimaliste, ÖDP etc haben 15%).

Damit soll nicht übersehen werden, dass dahinter auch weitere inhaltliche Kritiken stehen können wie die Aufrüstung und die bedingungslose militärische Ukraine-Unterstützung und die Ablehnung von Verhandlungen. Die große Mehrheit der grünen Basis teilt allerdings die grüne Außenpolitik und auch die Aufrüstungspolitik.

Was bedeutet das alles für Linke? Helmuth und andere setzen auf die Entkopplung größerer Teile der grünen Basis von ihrer Spitze. Was aber kann eine Linke (inkl der Linkspartei) als ihr Narrativ setzen nach dem Verlust des „Dagegen“, welches zum Aufstieg der grünen Hegemonie führte, aktuell aber von Rechts besetzt wird? Ich fürchte, ein Zurück in die alten Bahnen des Dagegen (zB Anklagen an mangelnde Klimapolitik von „Konzernen“ oder der Regierung“ wird nicht erfolgreich sein. Als Kernparadigma sehe ich eher, dass wir das „Solidarische“ aufbauen müssen, als ein „Gegen“ zum sich jetzt konstituierenden „We first“ in seinen verschiedenen Varianten (unsere Nation zuerst, kein Sozialstaat für die Unverdienten, keine Klimapolitik, wenn sie „unsere Wirtschaft“ schwächt, keine globale Solidarität wie zB Entwicklungshilfe, keine Corona-Maßnahmen gegen „meine individuelle Freiheit etc.)